



Landesrat Achleitner: Oberösterreich setzt bundesweite Impulse für Wiedereinstieg in Arbeitsmarkt & Anreize für Lehrausbildung

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: „Einhellige Zustimmung für Anträge aus OÖ bei Landesarbeitsreferentinnen- und -referenten-Konferenz in Bregenz“

„Unsere aktive Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich zielt einerseits darauf ab, Menschen rasch in Beschäftigung zu bringen und andererseits schon jetzt Maßnahmen zu setzen, um dem demografisch bedingten steigenden Arbeitskräftebedarf entgegenzuwirken. Dabei ist auch der Bund gefordert, Schritte zu setzen, durch die der Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt und Anreize für Menschen ohne Berufsabschluss geschaffen werden, eine Ausbildung zu beginnen. Erfreulicherweise haben heute die entsprechenden Forderungen Oberösterreichs an die Arbeitsministerin die einhellige Zustimmung der Arbeitsmarkt-Landesrätinnen und -Landesräte der Bundesländer gefunden“, stellt Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner zu den Ergebnissen der heutigen Konferenz der Landesarbeitsreferentinnen und -referenten in Bregenz fest.

„Für Oberösterreich als Lehrlings-Bundesland Nr. 1 erfreulich ist auch der einstimmige Beschluss der Arbeitsmarkt-Landesrätinnen und -Landesräte zur Stärkung der Lehrausbildung in Österreich. Konkret wurde die Arbeitsministerin ersucht, in Zusammenarbeit mit den weiteren zuständigen Ministerien darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Förderprogramme im Bereich der dualen Ausbildung gezielt weiterentwickelt werden. Dabei sollen insbesondere kleine Unternehmen sowie Jugendliche mit Unterstützungsbedarf bereits präventiv stärker in den Fokus rücken“, betont Landesrat Achleitner, „zentral dabei ist zum einen die Sicherstellung der Durchgängigkeit der unterstützenden und begleitenden Maßnahmen für kleine Unternehmen und Jugendliche beginnend schon im Vorfeld der Lehre und dann entlang des gesamten Ausbildungsprozesses. Zum anderen sollen die bestehenden Unterstützungsangebote koordiniert und vernetzt werden, um Synergien zu nutzen und eine möglichst hohe Wirkung zu erreichen“, erläutert Landesrat Achleitner-

„Um Menschen ohne Berufsabschluss für eine Ausbildung zu gewinnen, werden vom AMS Schulungszuschläge bezahlt. Wenn aber das AMS auch Kursnebenkosten, insbesondere Fahrtkosten, übernimmt, dann wird dies mit dem Schulungszuschlag gegengerechnet. Damit entsteht die Situation, dass jemand, der weiter weg vom Kursort wohnt und dorthin mit einem Verkehrsmittel anreisen muss, weniger Schulungszuschlag erhält als andere,

die auf kein Verkehrsmittel angewiesen sind, weil sie in der Nähe des Kursortes wohnen“, erklärt Landesrat Achleitner. Daher hat Oberösterreich einen Antrag an den Bund eingebracht, in dem gefordert wird, dieses Gegenrechnen des Schulungszuschlages zu beenden. Auch hier gab es Zustimmung von allen anderen Bundesländern.

„Bezieherinnen und Bezieher von Kranken- oder RehaGeld werden zwar vom Casemanagement der Österreichischen Gesundheitskasse und der Pensionsversicherung betreut, das Thema Wiedereinstieg oder Ausbildung wird aber kaum behandelt – meist erst nach Auslaufen des Kranken- oder RehaGeldes. Um Betroffenen schon früher beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, soll aus der Sicht Oberösterreichs das Casemanagement von ÖGK und PV um die Themenbereiche Berufsinformation, berufliche Wiedereingliederung und Qualifizierung erweitert werden. Auch diese Forderung Oberösterreichs an den Bund wurde den anderen Bundesländern unterstützt“, hebt Landesrat Achleitner hervor.

Michael Herb, MSc

Presse LR Achleitner

Telefon: +43 732 77 20-151 03, +43 664 600 72-151 03

E-mail: michael.herb@ooe.gv.at